

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ  
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Mittwoch, nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei.  
Jahrespreis 2,30 Mark; durch die Post bezogen 3,00 Mark, ohne Postgebühren. Verlags- und  
Druck-Veranstaltungsgesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH, Halle, Vertriebsstraße 14.

Abzugspreis: 13 Goldmark 1. d. Millimeter Höhe u. Breite; 70 Goldmark 1. d. Postkarte im Textteil.  
Manuskripte zu richten nach Halle, Lindenstraße 14. Tel. 1065, 1067, 231. Telegramm-Adresse: Klassenkampf.  
Halle, Vertriebs-Commissar u. Vertriebs-Büro Halle, Vertriebs-Commissar Leipzig 190548 Jutta Koch Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 9. November 1925

5. Jahrgang \* Nr. 249

## Das Schicksal der Revolution vom 9. November 1918

Sorgt dafür, daß es nicht wieder so kommt! Ledebour über den 9. November und die Voraussetzungen zu einer siegreichen Revolution

Rede auf dem IAS-Kongreß

In der großen Versammlung im großen Saal des Volkspartei-Ratgebäudes am 2. November 1925, die von tausenden hallischen Arbeiter besucht war, erhielt neben Kretzschmar aus der Schweiz, Schärer, England, und Schärer auch der Genosse Ledebour vom Sozialistischen Bund unter großem Beifall der Versammelten das Wort.

„Das Deutsche Reich ist eine Republik und was für eine!“  
An diesen Vers erinnerte Genosse Ledebour, als er die Schikanen der hallischen Polizei gegen ihn und die ausländischen Genossen schilderte. Dann fuhr er fort:

Ich muß mich schuldig bekennen, zu meinem bescheidenen Teil an der Schaffung dieser Republik beigetragen zu haben, und das ist mir jetzt erit wieder befehmigt worden im dem Reichstags-Präsidenten in München von einem Major a. D. im Großen Generalstab, der ein Sachverständigenurteil über den Krieg und die Revolution abgab. Er hat den Nachweis geführt, daß an dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands nicht Hindenburg und Ludendorff und nicht der Kronprinz Rupprecht oder der Kronprinz von der anderen Couleur schuld sind, sondern wir revolutionären Sozialisten. Und als Beweis dafür hat er gesagt, ich hätte schon am 3. Juli 1918 im Deutschen Reichstag zur Revolution aufgerufen. Ich habe das wiederholt getan und habe nachgedacht, wann das gewesen ist und ich las die Rede nochmals nach. Da fiel mir auf, daß diese Rede, die ich damals am 3. Juli 1918 im Reichstag gehalten habe, genau so heute wie da jetzt gemäht wäre.

Damals war in Finnland die sozialistische Regierung und Revolution niedergeschlagen worden durch deutsche Landstroläucher. Ich stellte das fest und stellte besonders fest, daß es eine Schande für die deutsche Arbeiterchaft sei.

Daß ein Arbeiterblatt wie der „Vorwärts“ diese Nieder-  
schlagung unterläßt habe.

Und dann fuhr ich fort: Aber es liegen Symptome vor, die zeigen, daß die deutsche Regierung und ihre Generale drauf und dran sind, daselbe Verbrechen, das sie in Finnland begangen haben, gegenüber der russischen Sowjetrepublik zu verüben. Und da sagte ich: Wenn die deutsche Regierung versuchen sollte, dieses Verbrechen der Niedererschlagung der russischen Sowjetregierung mit deutschen Truppen zu wiederholen, dann ist es die verfluchte Schuldigkeit aller Arbeiter Deutschlands, dagegen aufzutreten. Dann rief ich sie auf zur Revolution. Ich bin damals auch nicht weiter gekommen, weil der Reichstag bravo rief, sondern weil er zu großen anfang. Und der Präsident rief mich zur Ordnung, weil ich „aufgerufen hätte zur Revolution“.

Genossen und Genossinnen, ich glaube, ich brauche nicht weiter anzuführen, daß ein solcher Aufruf jetzt wieder am Platz wäre. Denn die Situation ist verflucht ebenso. Der Unterschied ist nur der, daß damals der deutsche Imperialismus sich noch einbildete, die Macht behaupten zu können. Heute ist er, wenn er Macht betätigen will, weiter nichts als ein Handlanger der Entente. Sonst aber sind die Zeichen der Zeit ganz ähnlich wie damals, und wir haben bei den verschiedenen Gelegenheiten so meine Stimme zur Geltung kommen konnte, die englischen, belgischen und französischen Arbeiter aufgefodert, jede imperialistische Handlung ihrer Regierung zu beantworten mit dem Massenstreik, mit der Verweigerung der Munitionstransporte usw., eine Mahnung, die leider angeht des Marokko-Abenteurers, des syrischen Abenteurers in Frankreich und angeht der antichinesischen Politik der englischen Regierung in England auch noch notwendig ist. Ich sage, wir haben die Arbeiterchaft bei den verschiedenen Gelegenheiten aufgefordert, ihrer internationalen Pflicht gegenüber dem verzweifelten Imperialismus sich bemüht zu sein, auch die deutsche Arbeiterchaft muß sich dieser Pflicht bewußt werden und sollte es notwendig sein, so hoffe ich, daß die deutsche Arbeiterchaft sich ihrer Aufgabe gemäht zeigen werde.

Genossen und Genossinnen! Aber wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben als könnten wir sicher sein, daß die deutsche Arbeiterchaft heute einer revolutionären Machtbewegung fähig ist. Auch einer solchen, wie wir sie vor sieben Jahren fertiggebracht haben, als die Monarchie durch die Aktion der revolutionären Arbeiter, nicht durch die Sempermannner Oberst und Scheibemann, hinweggesetzt wurde. Heutigen Tages ist die deutsche Arbeiterchaft geschwächt. Und hier kommt es darauf an, hinzuweisen auf die Einigung zum Entschleppungskampf des Proletariats. Denn eine andere Einigung, eine opportunistische Einigung, können wir nicht gebrauchen. (Zwischenrufe: Sehr gut!) Diese Einigung zum Entschleppungskampf des Proletariats kann nicht erwachsen aus programmatischen Tüfteleien am grünen Tisch.

Diese Einigung kann nur erwachsen aus gemeinsamen Taten,

und es ist die große Aufgabe der Internationalen Arbeiter-



General Gröners eidlische Aussagen im Münchener Dolchstoßprozeß:

„Am 6. November fand eine Besprechung mit den SPD- und Gewerkschaftsführern statt, bei der kein Wort von Revolution fiel. Die Besprechung galt der Kaiserfrage. Ebert schlug vor, daß der Kaiser abdanken solle und dafür einer seiner Söhne — der Kronprinz käme augenblicklich nicht in Frage — die Regentchaft übernehmen solle. Ich bekenne mich schuldig, diesen Vorschlag nicht angenommen zu haben. Ich hätte sagen sollen: Topp, Herr Ebert — ein Mann, ein Wort! Damit müssen Sie sich verpflichten, die gesamte SPD für die Monarchie einzusehen.“

Die wichtigste Aussage Gröners aber lautet:

„Am 10. November 1918 schloß ich mit Ebert ein Bündnis zur Bekämpfung der Revolution. Im Einverständnis mit Ebert wollte ich mit Hilfe von zehn Frontdivisionen die Regierung der Volksbeauftragten stürzen. Die zehn Divisionen hatten sich aber zu 1800 Mann verflüchtigt, als sie in Berlin ankamen.“

hilfe, diese Einigung durch Schulung, durch gemeinsame Taten vorzubereiten. Das ist ihre größte und wichtigste Aufgabe. Nur so kann aus gemeinsamer Tat im gemeinsamen Kampf des Proletariats, und seien die Aufgaben so bescheidener Art wie die der Internationalen Arbeiterhilfe, die gemeinsame Gewinnung erwachen, die anwachsend und stark werdend zu dem steigenden Entschluß des Proletariats führt.

Gewissen und Genossen! Ich muß leider für das deutsche Proletariat — denn wir dürfen nichts beschönigen — einige harte Worte sprechen. Das deutsche Proletariat leidet unter Einflüssen, die durch jahrelange Knechtung durch Kautskianer, Junter und Ausenberer ihm eingeprägt worden sind. Es hat hohen Disziplin. Das ist eine Eigenschaft, die sich vertritt mit der historischen Entwicklung aus der deutschen Arbeiterklasse, aber ihm fehlt der hohe wertvolle Gemeinfinn, der aus dem Innern hervorbringt eine Klasse zu gemeinsamen Taten treibt. Wir kommt es darauf an in diesem Kriege, vor den Vertretern der Internationalen Arbeiterhilfe, darauf hinzuwirken, daß unsere schönste und höchste Aufgabe die Errettung des wertvollen Gemeinfinns ist, der das ganze deutsche Proletariat zusammenzuweisen soll zum einheitlichen Kampfe gemeinsam mit der internationalen Gemeinlichkeit der kämpfenden Proletariate in den anderen Ländern, denn nur diese in gemeinsamer und nationaler Einheitsfront, die uns alle begeistert und antreibt zum ausdauernden Kampfe, zu ausdauernden Taten, kann uns die Befreiung bringen.

Und daß in Deutschland die Hoffnung das zu erreichen nicht ausgehen zu werden braucht, das zeigt unter vielen anderen Symptomen auch der Widerhall, den die Internationale Arbeiterhilfe mit ihren Taten auch in Deutschland, auch in Halle, gefunden hat. Diese Hoffnung, die wir überall leuchten sehen, prägt sich aus in den Dichtworten:

„Es glüht noch eine Flamme,  
Es grüht noch eine Saat;  
Verzage nicht noch Gänge,  
Im Anfang war die Tat.“

### Die Hunderttätigkeit der SPD.

Luthers Stellung seiht sich durch sozialdemokratische Schuld

Die SPD-Parteifunktionäre hat in ihrer Sitzung am Freitag beschlossen, die Haltung des Parteivorstandes vom 28. Oktober zu billigen, die darin liegt, daß durch den Austritt der sozialdemokratischen Mitglieder aus dem Kabinett Luther sich an der radikalen Oppositionsstellung der SPD nichts ändere. In Bezug auf Einberufung des Reichstages werde die SPD mit Bedacht in Verbindung stehen. Die SPD-Parteifunktionäre seien keineswegs bereit, sich mit den Sozialdemokraten zu verständigen, und nicht darauf hin, daß Wels und Hermann Müller weiterhin eine Verhandlung über den Eintritt in die Regierung führen. Die SPD-Parteifunktionäre lehnen die geistliche Einberufung ab, die die Sozialdemokraten offen und verneint die Einberufung, die die Sozialdemokraten den Reichstagen nicht nur vor dem ungenutzten in sozialdemokratischem Termin möglich sein. Der berufliche Ruf nach dem Reichstag ist also ein Widerspruch für die Arbeiter. Einseitig erst gemeint ist die Drohung mit Neuwahlen.

Die Welt am Montag von heute berichtet, daß der Beschluß der sozialdemokratischen Parteifunktionäre in der Reichstagsfrage mit Zustimmung angenommen worden ist, weil er dem Kampfschaffen ermöglicht, in einer abwartenden Stellung zu verharren. Streikmaßnahmen sind 35 deutsche Sozialdemokraten. Das beschließt die Arbeiter, daß heißt, wenn der Reichstag vorzeitig auflöse, keine Wahltagung des Reichstages das keine Neuwahlen erfolgen werden.

### Das „Attentat“ auf Mussolini

#### Vorwand zum Terror gegen das Proletariat

Es unterliegt kaum mehr einem Zweifel, daß das Attentat auf Mussolini lediglich inszeniert werden ist, um dem bankrotten System des Kapitalismus noch eine weitere, ein letztes in Verbindung stehen. Die Arbeiterklasse zu geben. Der Beschluß mit dem Attentatsplan auf Mussolini wird durch die Anschuldigungen eines in Berlin weilenden italienischen Arbeiterführers in einer Berliner Abendzeitung vollendet. Angeblich soll Janonini, der Attentäter, im Hotel Dragoni ein Zimmer belegt haben, um von dort aus Mussolini zu erschießen. Ein Arbeiter aus dem Hotel Dragoni und den Palazzo Chigi, wo Mussolini wohnt und von wo aus er die Ansprache hält, steigt das Haus Rinalocca. Man kann Mussolini auf seinem Balkon vom Hotel Dragoni gar nicht sehen, geschweige denn auf ihn schießen.

Der Zweck der ganzen Angelegenheit ist nicht anderes als der Kampf und die gesamte Arbeiterbewegung aufzulösen, die Gewerkschaftsbewegung zu zerstören, die noch existierenden sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien zu beschlagnahmen. Mussolini will während der Zeit des Weltkrieges keine oppositionelle Feste haben. Die Verhandlungen zu dem Attentatsplan begann in dem nächsten Augenblick.

Janonini hat die Terrorzwecke gegen die gesamte Arbeiterbewegung mit aller Härte eingestrichelt. In Genoa wurde der Reichstagsrat der kommunistischen „Unita“ und der sozialdemokratischen „Avanti“ verhaftet. In Livorno fanden Hausdurchsuchungen in kommunistischen Lokalen statt, wobei kommunistische Literatur beschlagnahmt und 50 Kommunisten verhaftet wurden. Nach der Abgeordnete Capacci gehört zu den Verhafteten. In Turin wurde ein sozialdemokratischer Abgeordneter verhaftet. In Genoa sind noch weitere 30 Verhaftungen vorgenommen worden. Die Namen der Verhafteten werden aber geheim gehalten. In Mailand, Brescia und Triest kam es zu den schlimmsten Verhaftungen. In Mailand wurden sozialdemokratische Blätter verboten und verbrannt, in Triest ebenfalls oppositionelle oder Nationaldemokratischen angehörende Blätter samt ihren Druckereierrichtungen verboten und in Brand gesetzt. Massenverhaftungen werden im ganzen Nord vorgenommen. Die gesamte nichtfaschistische Presse wurde unterdrückt und wurde z. B. das republikanische „L'Espresso“, „Gazetta Repubblica“ auf immer verboten. Das oppositionelle bürgerliche Organ „Il Mondo“ beschlagnahmt, verschiedene Auflagen kommunistischer und sozialdemokratischer Zeitungen konfisziert, die sozialdemokratische „Giustizia“ beschlagnahmt. In Mailand wurde außer der Arbeiterkammer auch das Gewerkschaftsbüro zerstört, was die Tendenz der neuen faschistischen Mitten klar zeigt.

### Der Sieg der Arbeiterpartei bei den englischen Gemeinderahlen

#### Bankrott der Politik von Liverpool

Die Wahlen für ungefähr 300 Gemeinderatsmandate, darunter denen von London, die am Montag in England und Wales stattgefunden haben, ermöglichen die Bilanz einer fast halbjährigen Regierung. Es ergaben sich 100 Sitze in von 187 Sitzen in den Hauptorten, davon über 90 in London, von der Arbeiterpartei gewonnen, die fast überall den Labour-Kandidaten von den perinlichen Konventionen und Liberalen entgegengegriffen wurde.

Es ist der Labour Party freilich nicht gelungen, den Stand von 1919 zu erreichen, was sie in 14 von 25 Gemeinderatsmandaten von London die größte Mehrheit. Gewinnen der Arbeiterpartei des Jahres 1922, leit der sie nur 6 Mandate von über 100 Mandaten in 10 überhaupst keinen einzigen Vertreter hatte, hat die Zahl der Mandate und Arbeitermehrheit auf 8 erhöht und die Zahl der Gemeinderäte ohne Labour-Vertretung auf 8 vermindert. Jedoch die nur einen abweichenden Vertreter geben. Die Zahl der Arbeitermandate vielerorts nur ganz geringen Mehrheiten unterlag. Dabei hatte das Bürgergut, schon durch seine ungenutzte Freizügigkeit gegen die einzige Arbeiter-Regierung

## An die Parteimitglieder des Bezirks Halle-Merseburg

Die Parteikonferenz für die Frauenarbeit des Bezirks Halle-Merseburg am Sonntag, dem 8. November 1925, hat zu den Aufgaben der Partei unter den indifferenten Frauen eingehend Stellung genommen und verpflichtet alle Mitglieder des Bezirks, diese wichtige Parteiarbeit nicht den weiblichen Mitgliedern der Partei allein zu überlassen, sondern sie als einen Teil der politischen Arbeit der Partei zu betrachten.

Es wurde auf der Konferenz festgestellt, daß in diesen Ortsgruppen des Bezirks keine weiblichen Mitglieder organisiert sind. Es muß die Pflicht aller Genossen dieser Ortsgruppen sein, unter den Arbeiterinnen und proletarischen Hausfrauen eine hohe Propagandabereitschaft zu entfalten, daß diese Frauen auch Mitglieder der Partei werden. In anderen Ortsgruppen ist der Prozentgehalt der organisierten Frauen im Verhältnis zu den Männern ein sehr geringer.

Die Parteikonferenz für die Frauenarbeit muß darum alle Genossen des Bezirks Halle-Merseburg auf eine intensive Werbekampagne unter den indifferenten Frauen zu führen. Sie sind heute das größte Hindernis in der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse. Unter ihnen zu arbeiten und sie als Mitglieder für die Partei zu gewinnen, ist die Aufgabe der gesamten Partei. Frauenarbeit ist nicht Arbeit der Frauen der Partei, sondern der Partei unter den indifferenten Frauen.

Die Konferenz erwartet von der Parteimitgliedschaft des Bezirks Halle-Merseburg, daß sie diese wichtige politische Arbeit leistet. Halle, den 8. November 1925.

### Parteikonferenz für die Frauenarbeit Bezirk Halle-Merseburg.

im Vorteil, alle Schauerfrauen gegen die „Roten“ aufgebracht. Wie vor einem Jahr bei den Parlamentswahlen der „Sowjet-Block“, so mußte diesmal der Kommunistenprotest den Bürgerfurcht über die föderalistische Arbeit der „Roten“ Tag für Tag Millionen von Leuten der Sensationspresse vermittelte. Ein anderer Wahlsieger waren die Drohungen mit den verberblichen Sozialistischer Verbrechen bei einem Labour-Sieg, gegen die in vielen Orten, „Verrichtungen der Gewerkschaft“ aufmarchierten, nicht zu verzeihen die Antikommunisten der „Roten“ Tag für Tag Millionen von Leuten für überbrückt durchföhrten.

Was die Ausführung der Weisnisse des Einpartei-Kongresses über unbeschränkte Niederlage der rechten Führer gebracht. In London allein sind 22 kommunistische Kandidaten aufgestellt worden; unter anderen die „Rote“ Partei, die allerdings trotz ihres schönen Namens fast überall durchföhrten.

Was die Ausführung der Weisnisse des Einpartei-Kongresses über unbeschränkte Niederlage der rechten Führer gebracht. In London allein sind 22 kommunistische Kandidaten aufgestellt worden; unter anderen die „Rote“ Partei, die allerdings trotz ihres schönen Namens fast überall durchföhrten.

Trotzdem die Kapitalistenpresse gerade diesen Punkt in ängstlicher Furcht für sich auszunutzen versuchte, hat die Labour Party festgehalten, daß der englischen Arbeiterpartei gegenüber alle Behauptungen und Bemerkungen immer mehr verjagen, ein Zeichen, daß sie nicht, wo ihre wirklichen Güter sind.

### Heraus mit Hindern!

Vor einigen Tagen meldete die bürgerliche Presse die Verlesung des Protokolls gegen die Parteimitglieder der SPD, auf unbestimmte Zeit. Seit dem 1. Oktober ist der SPD, vorerziet, werden Berge von Akten zusammengepackt, wird ein Trommelheer der bürgerlichen Presse zur notwendigen Stimmungsmaße gegen die SPD losgeschickt. Diese großen Vorbereitungen sollen die Tatsache verdeutlichen, daß das Material der Reichsanwaltschaft gegen die Parteimitglieder der SPD, vorerziet, werden Berge von Akten zusammengepackt, wird ein Trommelheer der bürgerlichen Presse zur notwendigen Stimmungsmaße gegen die SPD losgeschickt. Diese großen Vorbereitungen sollen die Tatsache verdeutlichen, daß das Material der Reichsanwaltschaft gegen die Parteimitglieder der SPD, vorerziet, werden Berge von Akten zusammengepackt, wird ein Trommelheer der bürgerlichen Presse zur notwendigen Stimmungsmaße gegen die SPD losgeschickt.

„Wohin besteht die Schuld des Genossen Lindau? Genosse Lindau hat nicht an einer einzigen Sitzung der Zentrale teilgenommen, die um Antrag der Anklage dient. Er trägt keine Verantwortung für die Oktoberstempel des Hamburger Arbeitervereins. Keine einzige Parteimitglieder Sitzung ist ihm nachweisbar. Zur Zeit des Oktoberaufstandes lag er schwer an der Kurpfalz erkrankt im Bett, unter ärztlicher Behandlung. Die Anklagebehörde muß zugeben, daß seine Tätigkeit vornehmlich theoretischer Natur war.“

„Für die Reichsanwaltschaft verlangt höhere Ziele mit diesem Prozess. Nach ihrer Meinung begibt jede Verteilung der SPD, fortgesetzt das Verbrechen der Vorbereitung des Hochverrats und erfüllt daher die Voraussetzungen der Strafbarkeit. Hierbei ist es nach ihrer Meinung gleichgültig, ob ein Mitglied der Zentrale der SPD an bestimmten Handlungen der Zentrale teilgenommen hat oder nicht, nur seinen Wohl, mit dem er sich der Zentrale ist verantwortlich, denn alle Akteure, die Mitglieder sind, entsprechen der politischen Aufstellung oder Mitglieder der Zentrale. Deshalb sind alle als Mittäter anzusehen.“

„Ja, die Zentrale soll die Verantwortung übernehmen für alle Verbrechen innerhalb der SPD, und für alle Verbrechen der Vertreter und Mitglieder der Exekutivkommission der Kommunistischen Internationalen.“

„Ohne ein neues Sozialistengesetz, ohne ein neues Parteiverbot, ohne den § 48 vollige Leistung der Kommunistischen Partei und damit die kommunistische Partei überhaupt unmöglich gemacht werden. Es geht nicht nur um die Person des Genossen Lindau, es geht um die Zukunft eines unterirdischen Kampfes der Reaktion gegen die gesamte deutsche Arbeiterbewegung.“

Die Arbeiterpartei muß dem Genossen Lindau die Freiheit erkämpfen. Die Willkür des Staatsgerichtshofes muß gebrochen werden. Lange genug hat dieser Gerichtshof der Reaktion der Arbeiterpartei Wunden geschlagen. Jetzt muß der Gegenschlag der

**Kredit** haben wir nur bei der Arbeiterklasse. Die Millionen Wertaktiver in Deutschland, die uns ihre Stimme geben, die mit uns sympathisieren, sind auch bereit, uns finanziell zu unterstützen. Wir müssen es nur verdienen, an sie heranzutreten. Wir müssen es nur verdienen, an sie heranzutreten. Wir müssen es nur verdienen, an sie heranzutreten.

Genossen, organisiert die Sammeltätigkeit in jeder Zelle!

Arbeiterpartei erfolgen. Es muß ein solcher Sturm gegen diesen Staatsgerichtshof entzündet werden, daß seine Aufhebung gelingt.

Genau mit dem Genossen Lindau!

Aufhebung des Zentrale-Prozesses!

Befreiung des Staatsgerichtshofes!

Genau mit seinen Opfern!

Keine Stunde Raß, bevor diese Forderungen erfüllt sind!

### Aus dem Rechtsausschuß des Reichstages

Der Rechtsausschuß des Reichstages trat am Donnerstag zur Durcharbeitung der in der letzten Sitzung vorgelegten nicht erledigten Vorlagen zusammen. Die Tagung wird voraussichtlich eine Woche dauern.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Dr. R o s t einen formunvollständigen Antrag bekannt, in dem die Beschwerde über die überaus lange Unterredungsdauer und die Nichtabwendung des Amnestiegesetzes, auf die Zeit des Geheißes noch nicht abgeurteilt ist. Dr. R o s t erklärte mit Zustimmung aller Fraktionen, mit Ausnahme der Kommunisten, daß der Ausschuß für die Behandlung dieses Antrages nicht zuständig ist, weil ihm das Plenum die Befugnisse nicht überlassen habe.

Die Genossen R o s t und B r e g wandten sich gegen diese Abänderung des Antrages und wiesen zur Begründung auf den Zustimmung hin, den die Klassenjustiz neuerdings an einer 65jährigen Frau R o s t in Chemnitz begangen hat. Diese Frau ist bekanntlich fünfzig Jahre über einjähriger Unterredungsdauer an einem Platz der Reichsanwaltschaft, die Befreiung wurde abgelehnt. In einem dieser Abhandlungsberichte der Reichsanwaltschaft heißt es wörtlich:

„Die Akten liegen zur Bearbeitung vor, eine weitere Einberufung in dieser Sache wird so schnell geschehen, wie es bei ihrem Umfang und der sonstigen Befreiung der Reichsanwaltschaft möglich ist.“

Das Ergebnis der Einberufung eines besonderen Unterredungsdauer, die wieder ein Menschenleben vernichtet hat, auf die Arbeitsüberlastung und die Mängel beim Staatsgerichtshof zurückzuführen ist. Trotz dieser eindringlichen Vorhalte des Genossen R o s t lehnte der Ausschuß die Behandlung der Sache ab.

Am besten verhandelt der Ausschuß in den ersten beiden Tagen über die Einberufung des Reichstages. Die Reichsanwaltschaft hat nicht an sich des Landesgerichtes moehrenden Rechtsanwalts aus Landesgericht). Ferner wurde die Abänderung des § 245, Absatz 2 der Strafprozessordnung beschlossen. Nach diesen Vorarbeiten konnte bisher das Gericht auch in schweren Fällen die Beweisaufnahme mittels Einschleusen der großen Anzahl der Reichsanwaltschaften zu ihrem Landesgericht). Ferner wurde die Abänderung des § 245, Absatz 2 der Strafprozessordnung beschlossen. Nach diesen Vorarbeiten konnte bisher das Gericht auch in schweren Fällen die Beweisaufnahme mittels Einschleusen der großen Anzahl der Reichsanwaltschaften zu ihrem Landesgericht). Ferner wurde die Abänderung des § 245, Absatz 2 der Strafprozessordnung beschlossen.

### Das Finanzunternehmen der Ufa vor dem Bankrott

Bei der Ufa, dem größten Finanzunternehmen Deutschlands, sind erste Zahlungsunregelmäßigkeiten entstanden. Die Ufa, mit 45 Millionen Mark Kapital und 15 Millionen Mark Reserven, ist eine der größten deutschen Industrieunternehmen überhaupt. Sie soll ihre Mittel an die Ufa einbringen, desgleichen ihre Produktion. Es heißt die Ufa, daß sie eine Billard amerikanischer Großfirmen mit, denn das Geschäft inländische, wie Ufa, deren Schulden auf 22 Millionen gestiegen sind, zu lancieren.

### Reichsparteikonferenz

#### Schlüsse der Rede Wientkes über Partei und Jugend

Die Arbeit des Roten Jungsturms hat uns gezeigt, mit welcher Energie und mit welcher Kraft der arbeitende Jugend zu ergreifen soll. Der Kommunistische Jugendverband ist eine Kampforganisation, deren Hauptkraft in den Betrieben liegt. Rund 250.000 Jungarbeiter sind in den Gewerkschaften vereint. Der Jugendverband hat in diesen Organisationen viel zu wenig Fuß gefaßt. Die erwachsenen Genossen konnten die Jungarbeiter durch Aufklärung und Leitung helfen, die Positionen zu erobern. Der Jugend führt der Jugendverband eine Kampagne für die Entsendung einer Jugenddelegation nach Sowjet-Russland. Obwohl das Politbureau der Partei eine Anweisung herausgegeben hat, haben sich die Parteiorganisationen überhaupt nicht für diese Kampagne interessiert.

In Berlin hat der Kommunistische Jugendverband gegenwärtig keine Nennenswerte paraktuelle. Die Partei muß dafür sorgen, daß derartige Veranstaltungen besser ausfallen werden.

Die Berichte der Jugenddelegation aus Russland, wo die Jungarbeiter viel besser noch leben als die Arbeiter sonst, müssen ausgearbeitet werden, die Delegationen in schon müßigen Maßnahmen getroffen werden, daß mit den Delegationen in der Zeit zwischen „Krote Tage“ veranstaltet werden und dergleichen mehr.

Der Rote Jungsturm hat etwa 10 Prozent Kommunisten. Die Aufgabe für uns muß sein: Vorbereitung der Organisation des Roten Jungsturms und Stärkung des kommunistischen Einflusses im Jungsturm.

Am Montag sagte einmal Genosse S o m m e r: Ein schlechtes Verhältnis zur Jugend ist ein Zeichen sozialdemokratischer Traditionen.

### Abstimmungsergebnisse:

Die Resolution zu der politischen Lage und den Aufgaben der Partei wird mit allen gegen 12 Stimmen angenommen.

Die Resolutionen zur Organisation, zur Gewerkschafts- und Jugendfrage werden einstimmig angenommen.

Die endgültige Abstimmung über die Resolution zur Parteimitgliedschaft ergibt 22 Stimmen für und 20 gegen die Resolution.

(Schluß des Berichtes morgen.)











# Erste Reichskonferenz der IWS.

## Rundgebung für proletarische Solidarität und Einheitsfront

„Die proletarische Solidarität hilft die Welt befreien.“ Unter dieser Devise tagte am Sonnabend und Sonntag der erste Reichstag der Internationalen Arbeiter-Hilfe, der eine wichtige Fortschritt in der proletarischen Einheitsfrontbewegung in Richtung der Heranbildung einer linken Arbeiterfront aus der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit war. Dies kam schon äußerlich zur Geltung durch die Anwesenheit des Genossen Frank Yates (London), der die englisch-russische Gewerkschaftseinheit vertrat, sowie die der anderen ausländischen Genossen: Hartmann (Südafrika), van de Boom (Belgien), Marech (Wien) und Terrati (Italien). Auch die Worte des Genossen Ledebour, der neben diesen ausländischen Genossen sprach, waren von dem Geist dieser Einheitsfrontbewegung erfüllt. Hier hat sich die IWS, auch die Hauptaufgabe für die Zukunft gestellt neben der Unterstützung über Sowjet-Rußland.

Am nächsten Morgen die Vertreter der deutschen kapitalistischen Republik zu diesem Kongress. Stellung nahmen der die begeisterte Zustimmung der holländischen Arbeiterfront, auch beweist die Tatsache, daß sowohl der Genosse Ledebour, als auch die ausländischen Genossen schon in aller Frühe von der Polizei eskortiert wurden, indem man die Wälle verlangte und sie auf die möglichste Art und Weise über ihr Tun und Treiben auslöschte.

Die Begrüßung und Geschlossenheit, mit der die von der IWS, gestern vormittag im „Volkspar“ veranstaltete Rundgebung aufgenommen wurde, ist der beste Beweis dafür, daß auch in Halle die rechte Einheitsfront auf dem Marsche ist.

### Begrüßung der ausländischen Genossen

Etwa 3000 rechte Frontkämpfer, Arbeiter und Arbeiterinnen Halle, hatten sich am Sonnabendmorgen auf dem Thienaplatz eingefunden, um die ausländischen Genossen, die zur ersten Reichskonferenz der IWS, erschienen waren, zu begrüßen.

Kurz nach 10 Uhr erschienen die ausländischen Genossen unter Führung des Genossen Willi Mühlberg. Sie wurden begeistert begrüßt. Gleich ergriß der Genosse Mühlberg das Wort zu einer kurzen Begrüßungsansprache. Mit Freude, so führte Genosse Mühlberg aus, betreten wir den Boden Halle, den Boden Mitteldeutschlands, der gewöhnlich die ausländischen Genossen der Arbeiterfront. Genosse Mühlberg erinnerte an den Arbeitermord des 13. März 1925 und schloß mit einem Hoch auf die revolutionäre Arbeiterbewegung.

Dann erfolgte der Ausruf nach dem „Volkspar“. Viele Arbeiter schloßen sich an dem Hoch an, das der Tag immer härter wird. Der dem „Volkspar“ spricht der englische Genosse, der erschienen ist, einige Begrüßungsworte, in welchen er auf die Notwendigkeit der Gewerkschaftseinheit hinweist. Im gleichen Sinn spricht der holländische Genosse, der keine Ansprache in deutscher Sprache hielt. Sodann vollzogen sich der Ausruf der Massen.

### Eröffnung der Konferenz

Im „Volkspar“ saßen inzwischen die Delegierten der IWS, die allen Teilen des Landes veranlagt. Der Genosse Ledebour eröffnete die erste Reichskonferenz der IWS. Er gedachte zuerst, die im letzten Jahre gestorben sind und die tätigen Mitglieder der Internationalen Arbeiterhilfe waren. Genosse Ledebour gedachte des Genossen Schöner, des ehemaligen revolutionären Parteiführers. Er gedachte des englischen Gewerkschaftsführers Beaman, des unerschrockenen Kämpfers für die Gewerkschaftseinheit im nationalen und internationalen Kampf, der zugleich der Leiter der englischen IWS, gewesen ist. Die letzten Toten, den wir in unseren Reihen zu beklagen haben, ist der russische Genosse, der Führer der Roten Armee, der für den Kampf der russischen Internationalen Arbeiterhilfe bis zuletzt gekämpft ist.

Sodann werden die Begrüßungsgramme verlesen, u. a. ein Telegramm der Genossen Alara Jettin und der Genossen Kamenawa. Desgleichen ist ein Schreiben des Generals v. Schönich eingeleitet, das mit Bedauern feststellt, daß er nicht selbst persönlich durch seine Auftragsvollziehung, an der Leitung des Kongresses der IWS, teilnehmen könne.

Der Genosse Müller, als Vertreter der Ortsgruppe Halle der IWS, Genosse Schmitt, als Vertreter der Partei, Genosse Weile, als Vertreter der Roten Hilfe, und Genosse Hartel, als Vertreter des Roten Frontkämpfer-Bundes, begrüßten mit kurzen Worten die anwesenden Delegierten der IWS und gelobten im Auftrag ihrer Organisationen, das große Werk der IWS, nach besten Kräften zu fördern.

Der Schluß des Abends wird ausgefüllt mit einem Referat des Vorsitzenden der IWS, Düninshaus über die Entwicklung und den Zweck der IWS, und mit dem Referat des Genossen Richter, der einen Kostenbericht der Organisation gibt.

### Kongress-Tagung

Am Sonntagmorgen begann der Kongress mit einem Referat der Genossen Hoffmann über die Tätigkeit, die die IWS, in den letzten Monaten zu leisten hat. In diesem Referat wurde ausführliches Material über die Tätigkeit der Aktionsbereitschaften usw. gegeben, die durch neue Siege noch verschärfter werden wird. Hier muß die IWS, in ihrer Arbeit ansetzen. Das zweite Referat hielt der Genosse Mühlberg.

### Referat des Genossen Mühlberg

Im Laufe der letzten Jahre hat sich in der Bewegung der IWS, eine grundsätzliche Veränderung vollzogen. Die IWS, wurde ursprünglich als ein bestimmtes Ziel. Erst im Laufe dieses Jahres, unter dem Einfluß der fortwährenden Notwendigkeit einer proletarischen Hilfsorganisation, entfiel das Ziel, die letztere und weiterorganisierte die IWS, eine Hilfsorganisation. In den letzten Tagen ist die IWS, das letzte Ziel in sich gliedern. Diese Umgestaltung ist im Laufe des letzten Jahres in den meisten Ländern durchgeführt worden und ist das größte und folgenschwerste Ereignis in der Internationalen Arbeiter-Hilfe. Eine weitere wichtige Aufgabe war nach der Gründung und Umgestaltung zu einer linken Organisation der Kampf um die Anerkennung der Organisation innerhalb der bürgerlichen Presse behauptet, Bewegung. Wenn die IWS, die bürgerliche Presse behauptet, die IWS, ist eine kommunistische Zelle und eine kommunistische Woge, so weiß sie wenig von der wirklichen Geschichte der IWS. Das gerade Gegenteil ist in manchen Bezirken und manchen Ländern der Fall gewesen. Starke kommunistische Parteien sind entstanden, anlässlich abgewand, mindestens festlich, der IWS, gegenüber, anlässlich der Anerkennung der Internationalen Arbeiter-Hilfe. Der Kampf für die Anerkennung der kommunistischen Parteien und Organisationen. Heute können wir mit einem gewissen Stolz feststellen, daß wir uns durchgerungen haben und unsere Anerkennung von den meisten kommunistischen Organisationen erlangt haben.

Den Kampf um unsere Anerkennung führten wir aber auch in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter. Anfanglich sogar mit einem noch größeren Erfolg als bei den Kommunisten. 1923, im Winter, waren mehr sozialdemokratische Führer in der Leitung der IWS, als Kommunisten. Darauf erfolgte die große Verhängnisvolle der 2. Internationale, die zu den bekanntesten Beschülften der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland und Österreich gegen die IWS, führten. Aber die Offensive wurde rasch zum Stillstand gebracht. Bereits seit einem halben Jahr beginnen auch sozialdemokratische Arbeiterkreise in Deutschland, besonders in Gewand, Württemberg und anderen Ländern, den Kontakt mit der IWS, aufzunehmen. Eine große Anzahl nomadischer Kämpfer und Schlichter gehört seit der gleichen Zeit zu den unentbehrlichen Freunden unserer Bewegung. Trotz aller Anfeindungen und Verleumdungen haben wir uns als überparteiliche Organisation durchgesetzt und Anerkennung erlangt. Wir sind eine überparteiliche Organisation, aber gleichzeitig eine proletarische Organisation. Das unterste Ziel aus von allen bürgerlichen Organisationen und von der sozialdemokratischen Arbeiterfront, die eine verlässliche Ausgabe der bürgerlichen Pressezeitung ist. Als proletarische Organisation tragen wir heute und nehmen als proletarische Organisation

### Resolution:

Die am 7. und 8. November in Halle tagende erste Reichskonferenz des Bundes der Freunde der IWS, hat festgestellt, daß die IWS, eine überparteiliche, internationale Organisation ist. Große Teile der Klassenbewegungen internationaler Arbeiterfront, wie englische, französische, australische Gewerkschaften, wirken gemeinsam für die internationale Solidarität im Rahmen der IWS. Auch in Deutschland arbeiten Genossen verschiedener politischer und gewerkschaftlicher Richtungen einträglich in der IWS, zusammen. Die Konferenz bekräftigt die Einheitsfrontbewegung des internationalen Proletariats, wie sie auf dem englischen Kongress in Scarborough gefordert worden ist. Die IWS, ist kein Gewerkschaftsrat. Sie unterstützt aber die notwendige Bewältigung in ihrem Kampfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Die IWS, verpflichtet ihre Mitglieder, in den sozialpolitischen Ausschüssen der proletarischen Organisationen aktiv mitzuarbeiten im Kampfe gegen die kapitalistische Herrschaft, gegen die Entrechtung der Fürsorgeberechtigten und für die Einheit der gesamten Fürsorge.

Kinderhilfe, Kindererziehung, Schaffung von Kinderheimen, Unterbringung der Kinder von Streikenden ist eine der wichtigsten Aufgaben der IWS.

Die IWS, unterscheidet sich streng von allen bürgerlichen Wohlfahrtsvereinen, indem sie lediglich in die politischen und wirtschaftlichen Kämpfen des Proletariats gegen ihre Ausbeuter unterwirft, um so ihren Kampfzwecken zu dienen.

Die Reichskonferenz verpflichtet die Delegierten im Sinne dieser Resolution die Arbeiten in den Bezirken der IWS, sowie in ihren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen durchzuführen. Durch solche Betätigung internationaler, wie nationaler Solidarität, bemüht sich die IWS, als ein wertvolles Glied am Einheitsfrontkampfe des Proletariats. (Einstimmig angenommen.)

Stellung zu den dringenden Tagesfragen. Wir wissen, daß wir als eine Arbeiterorganisation unsere Tatkraft aufwenden müssen an die jeweiligen bestimmten politischen Verhältnisse. Wir wissen, daß wir heute alle anderen, auch dringenden Aufgaben der IWS, zurückstellen müssen, um durch eine Förderung der Einheitsfrontbewegung in der Gewerkschaftsbewegung eine höhere Hilfe für Russland, gegen eine neue Kriegsglocke zu schlagen.

Wir können auf die Mitwirkung bei der Schaffung der Einheitsfront nicht verzichten. Im Gegenteil, es ist unsere Ehrenaufgabe, dabei nach allen Kräften zu wirken. Wir sind eine russische Organisation. Nicht, weil wir eine kommunistische Organisation sind, sondern weil wir uns gründeten 1921 mit dem ausführenden Komitee, Sowjet-Rußland zu helfen, und weil wir uns auf „Lohn und Gehalt“ von dem russischen Proletariat und Bauernland der Welt. Unser Verhältnis zu den Roten Hilfe hat sich gebildet. Wir betrachten die Rote Hilfe als eine Bruderorganisation, die bestimmte, wichtige Aufgaben zu erfüllen hat. Das Verhältnis zwischen IWS, und Rote Hilfe, wäre ein noch innigeres, wenn beide Organisationen sich aus dem internationalen Programm hätten verbunden, d. h. die IWS, gegenwärtig für die politischen Belangen und die IWS, für die Opfer des wirtschaftlichen Kampfes und gegen ihrem Programm janzeln würde die Massen der parteilosen Arbeiter in ihren Reihen.

Die organisatorische Entwicklung unserer Bewegung ist eine beständige. Erst vor einem Jahre begannen wir, feste Organisationsstellen zu bilden; heute bestehen bereits in mehr als zehn Ländern feste Organisationen, die zusammen gegen hunderttausend Einzelmittglieder zählen. Dazu kommen noch Millionen Arbeiter, die teilweise der IWS, angehören sind. Wenn jetzt der Korporatismus beizugehen der englischen und russischen Gewerkschaftsfront wird, wird die IWS, die größte und mächtigste proletarische Organisation sein und 30 Millionen zu ihren Anhängern zählen.

Die IWS, ist eine internationale Organisation. Sie hat Gruppen und Organisationen in allen europäischen Ländern, in Südsibirien und Nordamerika, Australien, China, Japan, Indien. Die Organisationen haben die höchste Bedeutung für die Arbeiterfront. Die Aktionen für die freitrenden Gewerkschaften Arbeiter sind noch in aller Erinnerung. Die IWS, wurde durch diese Aktionen die Brücke für die Verbindung des Proletariats im Osten mit dem im Westen. Als durch die plötzliche Verfallung von Rußland und Genossen wertvolle Arbeiterführer und hunderte Arbeiter von Grundbesitz befreit wurden, organisierte die IWS, eine Hilfsaktion. In den letzten Tagen ist die IWS, das übergegangen, in Gemeinschaft mit der IWS, eine Hilfsaktion für die freitrenden Textilarbeiter in Indien zu organisieren. Aber im Mittelpunkt der Tätigkeit steht gewiss die eingeleitete Aufrüstungsaktion über Russland. Wir müssen die nächsten Monate täglich und stündlich müssen unsere Funktionäre und Mitglieder in den Betrieben und Versammlungen tätig sein, um die Massen für Russland zu begeistern und zu entflammen. Hier große Aufgaben stehen unmittelbar bevor.

1. Ausbau und Festigung der Organisation.
2. Stärkung der Organisation und Sammeln neuer Massen.
3. Mithilfe bei der Schaffung der gewerkschaftlichen Einheitsfront.
4. Kampf gegen Zwangsarbeit, gegen den Krasnoput, die Sowjet-Hilfsaktion.

Zwei wichtige Faktoren haben wir uns geschaffen. Wir haben in der heutigen IWS, ein sehr tüchtiges Schiff und in unserem Pro-

gramm ein verlässliches Steuer. Jetzt gilt es, mit Kraft und Energie das Schiff vorwärts durch Sturm und Meer, vorüber an fernen Klippen, dem Lande unserer Sehnsucht, dem Kommunismus, zu steuern. Eure Arme mühen die Ruder, jähigen, die Schiffsleute, die Besatzung, euer Berge muß die motorische Kraft sein, das Schiff vorwärtszuführen.

### Die internationale Rundgebung

Am 11. Uhr begab sich die Delegierten der Konferenz in den großen Saal des „Volkspar“, wo die holländische Arbeiterfront eine Rundgebung veranlaßt war. Nach einleitendem Gehör des Arbeiter-Sängers erfolgte die Begrüßungsansprache der ausländischen Genossen.

Genosse Düninshaus übertrug die Grüße der Schweizer Arbeiterfront. Er berichtete von der Delegation in London, die das Schweizer Proletariat gegen Locarno unternommen hat und gab Zeugnis von der Solidarität der Schweizer Arbeiter, wo es den Kindern der Arbeiterfront in anderen Ländern zu helfen gilt. Nach ihm sprach der Genosse van de Boom für die belgische und französische Arbeiterfront. Aus seinen Worten ging hervor, daß die Arbeiterfronte dieser Länder jetzt geht mit der Auffassung, daß die Sieger im Weltkrieg waren, und daß sie die Erkenntnis gewonnen hätten, daß im imperialistischen Kriege immer die Arbeiterfront, gleich welchen Landes, Niederlagen erlitten würde.

Für die russisch-englische Gewerkschaftseinheit sprach Genosse Frank Yates (London). Leider konnte Genosse Coaf dem Kongress nicht beizuminnen, weil sich die Verhältnisse im englischen Bergbau zu ungünstig haben, daß keine Anwesenheit in England unbedingt erforderlich ist. Genosse Yates überbrachte die besten Grüße von den Gewerkschaften der spanisch-belgischen Delegation. Die Antwort darauf muß sein: Die Methode der Arbeiterfronte gegen den Kapitalismus. Antikriegsorganisations zu treffen, wollen wir Sowjet-Rußland helfen. Der Genosse schloß mit dem Ruf: Arbeiterfronte aller Länder, vereinigt Euch. Proletariat Deutschlands, vereint Euch!

Wie denn gelang der „Internationale“ schließlich diese Rundgebung, die ein wichtiger Schritt vorwärts auf dem Wege der Einheitsfront ist.

Nach ihm ergriß Genosse Koenen im Auftrag der kommunistischen Partei Deutschlands, das Wort und gab eine ausführliche Schilderung aller revolutionären Aktionen, die sich auf dem holländischen Boden des roten Solle abgelehrt haben und in dem holländischen Saal des „Volkspar“. Der 13. März, wo ein Arbeiter so wegen tot, sein Proletariat zu töten, war ein Tag des Niedergangs in der revolutionären Bewegung. Von da an ging es wieder aufwärts. Auf den März 1925 wird ein anderer März folgen.

Genosse Marz (Wien) schloß das hundertste Glied in dem vom Arbeiterbund „Internationale“ der IWS, ein. Er sprach von Arbeitslosigkeit und Kinderelend, das die ganze Welt der Sanierungsbestrebungen des Bittertums aufweisen, ein Bitteres, das Hunderttausende von Proletariaten zwingt, aus Österreich auszuwandern. Genosse W. erinnerte an die Anknüpfung der Bewegung der Bourgeoisie an den gewöhnlichen revolutionären Proletariat verlangt Anknüpfung an das Deutschland der Arbeiterfront.

Genosse Mühlberg dankt noch den holländischen Arbeitern für den großzügigen Empfang am Bahnhof und überbringt dem holländischen Vertreter der IWS, eine Fahne der internationalen Arbeiterfront. Wie denn gelang der „Internationale“ schließlich diese Rundgebung, die ein wichtiger Schritt vorwärts auf dem Wege der Einheitsfront ist.

Nach einer längeren Pause legte die

### Distaktion

Als erster Distaktionsredner erobert das Wort der Genosse Kesch-Rembold, der im Verlauf seiner Ausführungen besonders Gewicht auf die Tätigkeit der IWS, alle Arbeiter, die sie einmal kennen hat, auch tatsächlich zu Ende führt. Man hat getan, was, so ist schon ein gut Teil Arbeit und Propaganda für die IWS, geleistet.

Der Genosse Katsch schloß sich insbesondere auf die praktische Arbeit, die die IWS, zu leisten hat, ein. Arbeiter von großer Wichtigkeit hat die IWS, bei Streiks usw. zu leisten. In den letzten Monaten hat die Organisation an Erfolg gewonnen. Das ist nicht genug, aber die Organisation der Bourgeoisie hat sich gegenüber der IWS, zurückzuführen. Die Ausland-Delegation im Zusammenhang mit dem Kampf für die Gewerkschaftseinheit steht heute im Mittelpunkt der Arbeit der IWS.

Nachdem der Genosse Schmitt Berlin den Bericht der Mandatsprüfungskommission gegeben hat, erobert das Wort zum Schluß ein für beide Referate die Genossen Hoffmann, die, einbezogen ihrer Ausführungen feststellt, daß die Distaktion eine Zustimmung zu den beiden Referaten ergeben hat.

Die vorgelegte Resolution wird nunmehr nach längerer Distaktion über einige eingegangene Zusatzanträge, die der Abstimmung anheimfallen, einstimmig angenommen.

Der Genosse Reich gibt darauf den Bericht der Statutenberichtigungskommission. Nach längerer Distaktion über die einzelnen Paragraphen wird diese abgelehnt und die Ausarbeitung der Statuten einer zu wählenden Kommission, die am Schluß der Tagung bestimmt wurde, überlassen.

Darauf wird die Wahl für den neuen Reichsvorstand, der noch nicht an 18 Genossen bestehen wird, und die Wahl von drei Revisoren gemäß den gemachten Vorschlägen vorgenommen. Genosse Ledebour, der infolge seines hohen Alters und Krankheit nicht mehr den ersten Vorsitzenden befehlen kann, wird unter den allen liebsten liebsten Beifall der Delegierten zum Ehrenmitglied des Reichsvorstandes gewählt. Ebenso erfolgt die Wiederwahl der beiden Sekretäre.

Unter dem letzten Tagesordnungsprogramm, Beschließungen, werden die Beschlüsse der einzelnen Bezirke beraten und teils angenommen, teils abgelehnt. Eine besondere Debatte mit ein Antrag auf Entsendung einer Frauendelegation zum Studium der Lage Sowjet-Rußlands hervor. Der Antrag, der den Reichsvorstand erobert, die Initiative zur Entsendung der Frauendelegation zu ergreifen, wird einstimmig angenommen.

Darauf hat die eigentliche Tagesordnung ihr Ende erreicht. Das Wort zur Begrüßung erobert noch Genosse Gessert (Italien), der mit begeisterten Worten den Kampf der italienischen Arbeiterfront gegen Mussolini und den Faschismus schildert. Mit nicht enden wollendem Beifall werden die Ausführungen des italienischen Genossen aufgenommen. Nach einem kurzen Schlußwort geht der abschließende Kongress unter dem Beifall des Kammerherrn, der Genossen, zum Schluß über.











# Gewerkschaftsbewegung

## Die Gewerkschaften und Locarno

A. W. Die deutschen Gewerkschaftsführer, die Arm in Arm mit den volkswirtschaftlichen Politikern der deutschen Sozialdemokratie gehen, können immer in der nordischen Reihe der logenartigen Erklärungen stehen, die sie im Anschluß des Locarno-Pakts ein und begründen den Abschluß der Verträge in Locarno als den Ausdruck einer neuen Zeitperiode, wo viel Friede und Freude unter den Völkern herrschen werden und wo die Arbeiter Arm in Arm mit den Unternehmern die Segnungen der sozialistischen Kultur genießen.

In zahlreichen Artikeln begrüßt die Gewerkschaftszeitung das Wort von Locarno. Die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des ADGB, bezeichnet die Abmachungen von Locarno als „Nie-wieder-Kriegs-Verträge“. Der Scheiterer des Artikels muß zwar zugeben, daß im Augenblick weder ein Faktor genannt, noch vorhanden ist, die Entlohnung dieser Verpflichtung (zur Entlohnung) erst mit Gewalt erzwingen könnte, aber er trägt sich mit der laienhaften moralischen Kraft von Gedanken und Ideen und schreibt: Und haben sich Ideen nicht immer als mächtiger erwiesen, denn Gewerbe und Kanonen? Das schreiben dieselben Leute die im Sommer 1914 die Gewerbe und Kanonen des deutschen Imperialismus gegen und in der entscheidenden Stunde, mo es galt, die Arbeiter der Arbeiterschaft gegen den imperialistischen Krieg zu mobilisieren, die Idee des Sozialismus als Stützpunkt bezeichneten.

In Wirklichkeit sind die Worte von der Friedensidee, die in Locarno gesagt haben soll, nichts anderes als leeres Gerede, das den wirtlichen Gehalt der dort getroffenen Abmachungen verhillen soll. Das der Wirtlichen Gehalt der Abmachungen ist, daß die Nationen, sondern neue ernste Kriegsgesährungen, nicht selbst, wenn auch in verfallener Form, die „Metallarbeiter-Zeitung“ (vom 31. Oktober) zugeben. Es heißt dort: „In den vielen Artikeln und Bestimmungen der Verträge lassen sich bei einiger Genauigkeit genug Möglichkeiten zur Umgehung, zur Verdrängung oder Begrenzung feststellen, die der Zweck der Verträge, nämlich die Vermeidung des Krieges, nicht ganz ausschließen, daß das Vertragswort zu einer Gefahr für Sowjet-Rußland werden kann.“ Wenn schon die „Metallarbeiter-Zeitung“ solche Bedrohungen aussprechen muß, so können die deutschen Arbeiter daraus erkennen, was von dem ganzen Gerede über das Friedenswort von Locarno zu halten ist.

Was für eigenartige Ansichten in den Reihen der rechten Gewerkschaftsführer vorhanden sind, wird durch die Rede von dem europäischen Frieden in Frage kommt, zeigt ein Artikel des Sekretärs des ADGB, S. Dubegeest, der bedauernd feststellt: „Da Cannes brachte selbst den Fall eines der hervorragenden Friedensfreunde, d. h. Briand's. Also, der Außenminister des westeuropäischen Imperialismus, der in Locarno einer der Hauptmächte und der zuerst einen stützigen Erwerbungsring in Westoff führt, ist für diesen Scheiterer der Friedensdemokratie ein „hervorragender Friedensfreund“. Man kann wirklich die Politik der rechten Friedensdemokratie nicht besser kennzeichnen, als es Dubegeest getan hat.

Diese Führer sehen ihre Friedenshoffnungen auf die Wirtlichen imperialistischen Großmächte, während die Wirtlichen Gewerkschaftsführer die Arbeitermassen zum Kampf um die Erhaltung des Friedens zu mobilisieren. Mit dem Eintreten für Locarno beweisen die reformistischen Epigonen der Gewerkschaften, daß sie es gar nicht meinen mit den in Rom und Wien gesagten Beschlüssen gegen die Kriegsgesähr. Wobin imperialistische Friedenspolitik führt, ist unter dem Vorwand der Unterzeichnung der Sicherheitspolitik von Locarno ist die Aufgabe der Gewerkschaften, sondern die Schaffung der internationalen Gewerkschaftseinheit, einschließlich der russischen Gewerkschaften. Die Schaffung einer langfristigen Gewerkschaftsinternationalen, die den Kampf der Arbeiter gegen die imperialistische Kriegsgesähr organisiert, ist die wichtigste Aufgabe, die eine ernsthafte Friedenspolitik der Arbeiterschaft.

Für die Gewerkschaftsbewegung bietet sich jetzt im internationalen Maßstab eine besonders wirksame Abwehrmaßnahme gegen die durch den Vertrag von Locarno zum Ausdruck kommende imperialistische Politik gegen Sowjet-Rußland. Diese besteht in der Unterzeichnung der Sicherheitspolitik von Locarno ist die Aufgabe der Gewerkschaften, sondern die Schaffung der internationalen Gewerkschaftseinheit, einschließlich der russischen Gewerkschaften. Die Schaffung einer langfristigen Gewerkschaftsinternationalen, die den Kampf der Arbeiter gegen die imperialistische Kriegsgesähr organisiert, ist die wichtigste Aufgabe, die eine ernsthafte Friedenspolitik der Arbeiterschaft.

Für eine solche Friedenspolitik der Gewerkschaften müssen sich die deutschen Gewerkschaftsmitglieder einsehen. Sie müssen das Wort des englisch-russischen Einheitskomitees unterstützen und das ernsthafte Verlangen an den ADGB stellen, daß er mitteilt, die weiteren Schritte auf dem Wege zu einer langfristigen Gewerkschaftsinternationalen zu machen.

Der Ruf: Hände zum Sowjet-Rußland, bekommt für die deutschen Gewerkschaften besondere Bedeutung dadurch, daß es gilt, ihn praktisch anzuwenden. Die Schaffung eines geschlossenen Ringes sozialistischer Staaten gegen Sowjet-Rußland wird eine neue Hohezeit von Verbindungen gegen den Sowjetstaat bringen. Die deutschen Gewerkschaftsführer haben bisher selbst an der Verdrängung von Sowjet-Rußland mitgewirkt. Damit muß endgültig Schluss gemacht werden. Die deutschen Gewerkschaftsmitglieder müssen verlangen, daß der ADGB selbst eine Delegation nach Sowjet-Rußland schickt unter Teilnahme von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern aus den Betrieben, um die enge Verbindung mit den russischen Gewerkschaften herzustellen.

Die SPD und die Gewerkschaftsführer wollen der deutschen Arbeiterschaft vormachen, daß man für die Außenpolitik einer reaktionären Regierung eintreten und gleichzeitig ihre Innenpolitik bekämpfen könne. Diese Behauptung ist falsch. Außen- und Innenpolitik gehören zusammen, beide werden im Interesse der Sozialpolitik gefordert, und zwischen der Unterzeichnung des Sicherheitspakts und der Schlußpolitik der deutschen Luther-Regierung besteht ein unauflösbarer Zusammenhang. Deshalb muß die Arbeiterschaft die scharfe Kampfmethode einnehmen gegen die Luther-Regierung, deren Außenpolitik keine Friedenspolitik ist, sondern nur die Vorbereitung eines neuen Krieges darstellt, die im Inneren reaktionäre Absichten offenbart.

Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter müssen mit aller Energie verlangen, daß die Gewerkschaftsführer bei der jetzigen Krise der Reichsregierung nicht eine Stillhaltepolitik für die Sozialpolitik durch Schaffung der Großen Koalition einnehmen.

Das Eintreten der Gewerkschaftsführer für Locarno ist eine Unterzeichnung der deutschen reaktionären Regierung, eine Unterzeichnung der imperialistischen Verdrängung zur Vorbereitung eines neuen Krieges. Und wie die deutschen Arbeiter im Inneren die Unterzeichnung des scharfen Kampfes gegen den Sozialismus verlangen, so müssen sie die außenpolitische Forderung „Für Locarno“ ablehnen und verlangen:

**Bekämpfung der internationalen Gewerkschaftseinheit!**  
**Schaffung eines unabhängigen sozialistischen Arbeiter-Deutschlands in freiem Bündnis mit Sowjet-Rußland!**

**Ein Komitee für Gewerkschaftseinheit in Atern gebildet**

gebildet und zwei SPD- und drei parteilose Kollegen (Betriebsräte) hineingewählt. Alle Aufschriften sind fortan an Otto Zimmermann, Atern, Lützenstraße 7, zu richten.

## Von der Lohnbewegung der Kellner Knopfabbeiter

Besonders stehen die Knopfabbeiter in einer Lohnbewegung. Die Forderung ist: 65 Pfennig Stundenlohn und Anspruch auf bezahlte Ferientage. Am 23. Oktober fand, weil keine Einigung zu erzielen war, in Halle eine Sitzung des Schlichters statt. Es wurde auch hier in G. G. eine Entscheidung gefällt. Die Unternehmern wollten höchsten den Schlichter zum Schlichter sein, für Frankenhäuser maßgebend ansehen. Dieser Tag erhielt nun der Vorsitzende des D. H. folgendes Schreiben von Arbeitgeber-Vereinbarung:

Kelbra am Kaffhäuser, den 2. November.  
Deutscher Holzarbeiter-Verein, Verwaltungsstelle Kelbra am Kaffhäuser.

Auf Grund der am Sonnabend, dem 31. Oktober 1925, zwischen Ihnen und mir gehaltenen persönlichen Unterredung, gebe Ihnen folgenden Rückblick:

Unter Bezugnahme auf Ihre Zuschrift vom 30. Oktober 1925 und gleichzeitige Berücksichtigung der Meinungen Schlichter-Verfahren für Frankenhäuser in der Lohnfrage, der ja auch nur für uns maßgebend sein kann, hatten die Unternehmern unserer Branche von Kelbra-Berga eine weitere Ausdrucksprache von Kommission für Überprüfungs- und bis hin beauftragt. Ihnen zu sagen, daß wir nur solchen Lohn und Arbeitsbedingungen zustimmen können, die sich durch den oben angeführten Schlichter-Verfahren für Frankenhäuser ergeben.

Wesentlich der Lohnfrage bin ich beauftragt, Ihnen zu erklären, daß die Entlohnung für Ferien für Kelbra-Berga untergeordnet (11%) ist und von vornherein abgelehnt werden muß. Durch die seit langem bestehende geschäftlichen Verhältnisse für Waldschneiderei gegenüber Frankenhäuser und mit Rücksicht darauf, daß Frankenhäuser und Kelbra-Berga in beruflicher Beziehung ein Wirtschaftsgesetz ist, ist die von Ihnen beantragte Ferienentlohnung bereits mehr als abgelehnt.

Hochachtungsvoll Wilhelm Gottschalk.

Kollegen der Knopfabriker! Die Unternehmern haben eure Forderungen abgelehnt. Sie lehnen weitere Verhandlungen ab. Die Arbeiter der Knopfabriker müssen damit vor die Frage gestellt: Entweder dem Verlangen der Unternehmern nachzugeben oder auf ihren Forderungen zu bestehen. Der Unternehmern stützt sich auf die „Bergungsinhalte“, die er erzielt. Dieselben kann er aber zu jeder Zeit wieder wegnehmen, wie es ihm paßt. Auf der einen Seite ist die Entlohnung für Ferien „untragbar“, auf der anderen Seite haben sie die festgesetzten Vergütung für die Arbeit, die sie leisten für die festgesetzte Vergütung, ohne daß der Profit darunter leidet. Die Arbeiterschaft darf dem Verlangen der Unternehmern nicht nachkommen, sondern muß geschlossen für die Forderungen, die sie einmal gestellt hat, eintreten. Den Schlichterspruch von Frankenhäuser werden wir nach ausführlicher Behandlung, denn er bringt in Wirklichkeit eine Verleumdung der Lohnbewegungen.

Am 5. November nahm eine gute Besuchte Versammlung aller in der Knopfabriker beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Stellung zu der Bewegung und billigte einstimmig die Stellung der Lohnkommission.

Die Lohnkommission wird sich also noch einmal an den Schlichter zu wenden, um sich zu helfen zu können.

Verschiedene Unternehmern haben inzwischen mit Arbeitszeitverlängerung gedroht, um auf diese Weise die Lohnbewegung zum Scheitern zu bringen. Alle Kollegen und Kolleginnen müssen mit dafür sorgen, daß dies nicht gelingt und sich selbst dem Solidaritätswort anschließen.

## Der Januarstreik in der holländischen Metallindustrie Ein Nachtrag zur Bezirkskonferenz des D. H.

Auf der Bezirkskonferenz des D. H., die am 1. November in Bernburg tagte, wurde von der SPD-Bureaukratie angepöbeln auf den Januarstreik, den die damals gerade neugewählte kommunalistische Ortsverwaltung in Halle zum Scheitern der Metallarbeiter-Vereinigung provoziert haben soll. Das „Kollaps“ vom November geht auf diese Dinge, auf den angeblichen „Disziplinbruch“ der Ortsverwaltung Halle, ein, so daß wir uns zu folgenden Feststellungen veranlaßt fühlen:

Wenn das „Kollaps“ behauptet, daß der Januarstreik der Metallindustrie in Halle 1925 Mißlingen lieferte, so hätte der Kelbra-Büro die Kollegen wissen lassen, wieviel Mitglieder der Januarstreik der Verwaltungsstelle Magdeburg getrotzt hat. Magdeburg hatte in der Zeit einer Mitgliederzahl von circa 6000 zu verzeichnen. Für die selbstverleumdung trotz dem unliebsamen Verhältnis aber war nicht die neugewählte Ortsverwaltung verantwortlich zu machen, sondern die Verantwortung trägt allein der Bezirksleiter Köhler.

In einer am 9. Januar stattgefundenen Generalversammlung hatte Köhler die Kollegen in sehr scharfen Worten zum Streik aufgepöbeln, die Kollegen haben daraufhin durch Urabstimmung in den Betrieben sich mit großer Mehrheit für den Streik erklärt. In der Versammlung selbst hat es sich schließlich entschieden, daß die Hälfte Mehrheit bei Fuß stehen sollte, und die neugewählte Ortsverwaltung sollte den Köhler eingeleiteten Streik verbieten, um sich so in Mißtraid bei den Mitgliedern zu legen. Es wäre aber die Pflicht des Bezirksleiters Köhler gewesen, zumal er in der darauffolgenden Mitglieder-Versammlung anwesend war, den Streik zu verbieten. Aber er sagte kein Wort, weil er sich der Folgen recht gut bewußt war. Der „Disziplinbruch“ war also die Folge des falschen Spieles von Köhler.

In Bernburg wurde auch nicht festgestellt, wieviel Gewerkschaftsmitglieder in Halle ausschließlich durch die Verbrennung der kommunalistischen Kollegen dem Verband widergeführt worden sind. Also lieber mit den Verleumdungen ausweichen, lieber Köhler!

## Kommunisten- und Auslanddege im holländischen Gewerkschaftsstarke

In der am 3. November stattgefundenen Kartellung der holländischen Gewerkschaften in Breda und der Bericht von der Kartellkonferenz in Magdeburg zur Tagesordnung. Ueber Breda erstattete ein Student A. P. (SPD) den Bericht, dem zusammen mit verschiedenen anderen Studenten etwa 500 Kart von ADGB zur Verfügung gestellt waren, um nach Breda zu gehen. Pöbel brühte darüber seine Unternehmung aus, da der ADGB die Unternehmung sei, die Führung zu übernehmen. Es sei jetzt Zeit (1922) eine Befreiung eingetreten, insofern als dort 88 kommunalistische Delegierte gewesen seien, während in Breda nur drei waren, von denen der eine sich ganz im Hintergrund verhalten hätte. Pöbel muß zugeben, daß diese drei die einzigen Fragen an die Hand gedrückt wären, und ein hüben mehr Toleranz schon hätte geübt werden können. Der Bundesvorstand ist beauftragt, den § 165 der Reichsverfassung bei der Reichsregierung zu versuchen zur Durchführung zu bringen (da hätte man der Reaktion nicht erst in den Sattel fallen lassen, Arbeitslosigkeit usw.). Auch über die Außenpolitik ist es sehr gefährlich worden, aber man hätte die anwesenden Delegierten nicht sprechen lassen, da sie ja doch nur „besagte Auslanddegen“ und Parteimänner seien. Auf den Zuruf „Schönheit“ erwiderte Pöbel, daß dieser ja Pöbel ist (also sein Urteil um so mehr geteilt. D. H.).

In der Diskussion gingen die Genossen D. Riepp (Wetzlar) und Boege (Baph) der Kommunisten entgegen. Der bekannte kommunistischer Pöbel hat seinen Genf dazu, sprach von Wölfen im Schafspel und dergleichen mehr. Er suchte mit seinen Getreuen den Genossen D. Riepp immerzu zu unterbrechen. Bei den Ausführungen des Genossen Boege sollte ein mährisches Gedicht vorgelesen werden, das sich auf die Verhältnisse der dortigen Arbeiter bezog, der sich sogar zu Beleidigungen höchster Art verließ. Als Genosse D. Riepp sich noch einmal zu Worte meldete, wurde sofort ein Schlußantrag da, der gegen die Stimmen der beiden kommunistischen Kartelldelegierten angenommen wurde.

Nicht anders war es bei dem Bericht von Magdeburg, welchen S. H. und Boege gaben. Als Genosse Boege in seinen Ausführungen den Antrag stellte, in Schweden die Arbeiter zu versammeln und zu versammeln, um die Wahrheit über Russland zu hören und den Kollegen Betrag sprechen zu lassen, wurde protestiert und der Antrag nicht zur Abstimmung gebracht.

Doch kann sich die Schwedische Arbeiterschaft bereits darauf einstellen. Auch ohne Gewerkschaftsarbeit wird die Auslandversammlung Schweden sowie Kapitänischen zum Aufkommen. Die in den letzten Tagen folgende Kommu nistischer Partei ist, das haben auch die letzten Wahlen bewiesen.

## Ein Kaffhäuser

Der Vorstand des D. H. hat zu dem auch von uns im voraus veröffentlichten Rundschreiben des württembergischen Gewerkschaftsvereins Kaffhäuser durch den „Vorwärts“ folgende Erklärung abgegeben:

„Zunächst aufgegriffen durch die kommunistische Presse wird nachträglich durch den „Wirtschaftlichen Tagesbericht“ von Richard Calmer und damit in verschiedenen Tageszeitungen auf ein Rundschreiben Bezug genommen, das sich mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage sowie der Aufstellung von Forderungen der württembergischen Metallarbeiterverbände herangezogen worden ist. Diese Behauptung ist falsch. Es handelt sich um ein Zitat, das von einer unserer Bezirksvereine an einen engbegrenzten Kreis von Verbandsfunktionären verfaßt wurde. Die Verifikation erfolgte ohne vorherige Kenntnis des Vorstandes. Er muß deshalb eine Verantwortung nicht abgeben.“

Der Vorstand des D. H. ist nicht also von seinem Bezirksleiter Wetzlar ab und solidarisiert sich nicht mit der dort empfindlichen Zusammenarbeit mit den württembergischen Metallindustriellen. Der „Vorwärts“ hingegen solidarisiert sich zumindest mit dem ersten Teil des Rundschreibens, das den Ortsvereinen empfiehlt, „in der Aufstellung von Forderungen außerordentlich zurückhaltend zu sein und bei den Metallbetrieblern keine Hoffnungen zu erwecken, die sich nicht erfüllen lassen.“

Der „Vorwärts“ ist einverstanden, daß in einer Zeit der unerschütterlichen Unternehmervorliebe die Arbeiter Lohnführungen und Arbeitzeiterlängerungen hinnehmen.

Durch die Erklärung des Vorstandes des D. H. hilft er sich allerdings gewöhnen, wenigstens in der Dessenheitigkeit von dem zweiten Teil des württembergischen Rundschreibens abzurufen. Er schreibt:

„Auf den zweiten Teil des Rundschreibens, dessen Wortlaut wir nicht nur aus seiner Ausschüttung durch die ADGB-Areile kennen, sind wir nicht eingegangen, da auch uns diese Stelle etwas spanisch vorkam.“

In Wirklichkeit wünsch der „Vorwärts“, im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Arbeitern, nichts schlichter, als eine Preisauflage der Arbeitgemeinschaft mit den Unternehmern. Er hält nur an, nicht die Zeit für gekommen, öffentlich dafür Propaganda zu machen.

Der D. H.-Vorstand aber wird in der Praxis gefunden, ob er wirklich gegen die Aufstellung des Angeleiteten Vorhörs ist oder ob er auch nur, ähnlich wie das Reichsarbeitsministerium im Falle der Reichsregierung, gegen den öffentlichen Kampf gegen die Wirtschaft zu sein will. Die Metallarbeiter-Zeitung wird sich jedenfalls bei gegebener Gelegenheit dieser Vorgänge erinnern.

## Die Berliner Chemiarbeiter für ihre kämpfenden Brüder in Süddeutschland

Am Freitag beschäftigten sich die Arbeiter der Chemischen Fabrik Künheim mit dem Lohnkampf in Süddeutschland. Folgende Resolution wurde gefaßt:

„Die am Freitag, dem 30. Oktober 1925, folgende Betriebsversammlung der Metallarbeiter Chemische Fabrik Künheim & Co., A. G. in Berlin-Hellersdorf, erachtet, daß die streikenden und angepöbelten Chemiarbeiter in Süddeutschland im Kampf gegen die Wirtschaft zu sein will. Die Metallarbeiter-Zeitung wird sich jedenfalls bei gegebener Gelegenheit dieser Vorgänge erinnern.“

## Die Auswirkungen von Scarborough Neue Zusammenhänge — Volksmacht für den Generalrat

(1925.) Der Nationalverband der Maschinen, Feiler, Mechaniker und Elektriker (25 000 Mitglieder) hat beschlossen, sich mit dem Verband der Transport- und ungelerten Arbeiter zu vereinigen, der sich ebenfalls seinerzeit im vergangenen Jahre mit dem Gemeindefacharbeitern zusammengeschlossen hat. Damit ist auf dem Wege der Vereinigung aller im Transportgewerbe und veranderten Berufs beschäftigten Arbeiter wieder ein großer Schritt zurückgelegt und man kann damit rechnen, daß in dem großen Einheitsverband dieser Arbeiter eine Million Mitglieder vereinigt sein werden, gegen 227 500 im Jahre 1924.

Eine Abstimmung unter den Mitgliedern des Verbandes der Transport- und ungelerten Arbeiter in der Frage des Freibundes ergab eine überwiegende Mehrheit zugunsten der Veränderung der Statuten im Sinne der ausgearbeiteten Vorschläge für die große industrielle Allianz. Andere Verbände, die dem vorgeschlagenen Bündnis ebenfalls sehr wertig sind, sind der Nationalverband des Gewerkschaftsbundes bei der Leitung von Konflikten entscheidende Volksmacht gibt, vollständig aufzukommen, sind der Bergarbeiterverband, die Vereinigung der Lokomotivführer und Feiler, der Nationalverband der Arbeiter in Schmelzwerken und die Gewerkschaft der Elektriker. Veränderungsentscheidungen liegen vor von der Organisation der Eisen- und Stahlarbeiter und dem Eisenbahnerverband.

Diese Schläge bedeuten einen großen Fortschritt in der Scarborough festgelegten Linie der englischen Gewerkschaften. Die englischen Gewerkschaften sind der größte Teil ihrer Güter haben, im Gegensatz zu den deutschen Gewerkschaften, die Atomnützlichkeit schlagkräftiger Industrieverbände erlangen. Sie haben auch zu ihrem Generalrat das Vertrauen, daß er bei den bevorstehenden Kämpfen die ihm zugestehende außerordentliche Macht nur zu ihren Gunsten anwendet.

## Gewerkschaftlicher Erfolg in England

London. Am 31. Oktober waren über 1200 Londoner Eisenbahner in den Streik getreten, weil der Sekretär der Eisenbahnerunion ohne irgendeinen sachlichen Grund von der Eisenbahndirektion entlassen worden war. Gestern wurde der Streik beendet, nach dem die Entlassung des Sekretärs zurückgezogen war.